

**Öffentliche Niederschrift über die
Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration
(11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 06.11.2019 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:02** Uhr

Ende: **18:29** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Mitglieder

Frau Christiane Junk-Kornbrust ab 17:04 Uhr (TOP 1)

Frau Dr. Kathrin Meß ab 17:07 Uhr (TOP 2)

Frau Yvonne Mich

Frau Iris Molter-Abel

Herr Lars Rieger

Frau Kerstin Schikora

Frau Uschi Schilling

Frau Alexandra Schlögl

Frau Edith van Eijck

Frau Elke Winnikes

Verwaltung

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Frau Anne Hennen

Gleichstellungsbeauftragte

Schriftführer

Herr Andreas Reichert

Gäste

Herr Dr. Christoph Emmerling

Ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter
des Landkreises, ab 17:04 Uhr (TOP 5)

nicht anwesend:

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz entschuldigt

Mitglieder

Frau Stephanie Nickels entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis entschuldigt

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold entschuldigt

Schmitt

Zur Geschäftsordnung

Frau Kreisbeigeordnete **Thiel** eröffnet die Sitzung als Vorsitzende und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration. Sie stellt die form- und fristgerechte Zusendung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder
Vorlage: 0317/2019**
- 2. Aufgaben der Gleichstellungsstelle
Vorlage: 0350/2019**
 - 2.1. gesetzliche Grundlagen**
 - 2.2. allgemeine Aufgaben**
 - 2.3. Schwerpunkte der Gleichstellungsbeauftragten**
 - 2.4. Angebote in 2019 und 2020
Vorlage: 0348/2019**
- 3. Frauen in der Politik - Ergebnisse der Kommunalwahlen in 2019
Vorlage: 0349/2019**
- 4. "Frauen vor Gewalt schützen" - Umsetzungsmöglichkeiten der Istanbul-Konvention vor Ort
Vorlage: 0346/2019**
- 5. Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Landkreises Trier-Saarburg für das Kalenderjahr 2018
Vorlage: 0282/2019**
- 6. Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung der Ausschusmitglieder Vorlage: 0317/2019

Protokoll:

Die Kreisbeigeordnete **Thiel** verpflichtet die Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration **Frau Kerstin Schikora, Frau Iris Molter-Abel, Frau Yvonne Mich, Frau Elke Winnikes, Frau Uschi Schilling und Frau Alexandra Schlögl** durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten. Sie weist auf die Rechte und Pflichten der Kreistagsmitglieder hin, insbesondere auf die Antrags- und Rederechte, das Recht der Bildung von Fraktionen, sowie die Vorschriften über die Mandatsausübung (§23 Abs. 1 und 2 LKO), die Schweige- und Treuepflicht (§§14 und 15 LKO) und das Verbot der Mitwirkung bei der sogenannten Befangenheit (§16 LKO).

2. Aufgaben der Gleichstellungsstelle Vorlage: 0350/2019

2.1. gesetzliche Grundlagen

2.2. allgemeine Aufgaben

2.3. Schwerpunkte der Gleichstellungsbeauftragten

2.4. Angebote in 2019 und 2020

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung mit den Anhängen. Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt sie die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Trier-Saarburg, Frau Hennen.

Die **Gleichstellungsbeauftragte** begrüßt zu Beginn ihrer Ausführungen die neuen Mitglieder dieses Ausschusses herzlich. Im Rahmen der Sitzung gebe es die Möglichkeiten sich zu den entsprechenden Beratungsgegenständen zu äußern. Sie geht darauf ein, was Gleichstellung bedeute, welche gesetzlichen Grundlagen es gebe, welche die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten seien und ihre persönlichen Schwerpunkte. Zu ihren persönlichen Schwerpunkt zähle sie unter anderem die Existenzsicherung sowie die öffentliche Wahrnehmung von Frauen. Zu ihrem Netzwerk gehören ihre Kolleginnen aus den Verbandsgemeinden des Landkreises Trier-Saarburg sowie der umliegenden Landkreise. Durch dieses Netzwerk sei es möglich Aktionen, Workshops und andere Veranstaltungen für die Bevölkerung anzubieten.

Highlight aus dem Jahr 2019 sei insbesondere der internationale Frauentag, der im Zweijahresrhythmus durchgeführt werde, gewesen. Verschie-

dene angebotene Seminare und Workshops habe sie in einer Übersicht im Anhang zur Vorlage zusammengestellt. Zusammen mit den Verbandsgemeinden des Landkreises Trier-Saarburg habe sie eine kommunalpolitische Vortragsreihe auf die Beine gestellt. Sie wolle deutlich die positive Zusammenarbeit hervorheben. Bereits vor fünf Jahren habe sie zusammen mit den anderen Landkreisen der Region ein Mentoring-Programm ins Leben gerufen. Die heutigen Ausschussmitglieder Schilling und Molter-Abel seien in dieses Programm involviert gewesen.

Die Kreisbeigeordnete **Thiel** fügt hinzu, dass die Gleichstellungsbeauftragte unter anderem ein vielfältiges Angebot mit Fortbildungen und Kulturvents biete. Es gebe ein breites Feld an Möglichkeiten, um Kommunalpolitik und Frauen zusammen zu bringen.

Ausschussmitglied **Rieger** (CDU) bedauert, dass auf den Wahllisten zur diesjährigen Kommunalwahl kaum Frauen zu finden gewesen seien.

Frauen trauen sich häufig erst im zweiten Schritt in die Kommunalpolitik zu treten, so die **Gleichstellungsbeauftragte**. Ein Beweggrund könne beispielsweise eine persönliche Betroffenheit sein.

Ausschussmitglied **Schilling** (FWG) erläutert, dass sie die Schwierigkeit bei den Ortsgemeinderäten sehe, die sehr männerlastig seien. Vor Ort hätten Frauen einen schweren Stand. Sie plädiere für eine Fortführung des Mentoring-Programms, um die Präsenz der Frauen hoch zu erhöhen.

Entgegen der vorangegangenen Beiträge, berichtet Ausschussmitglied **Molter-Abel** (CDU), dass sie mit offenen Armen in dem Ortsgemeinderat aufgenommen worden sei. Sie werde nicht immer und überall als Gleichstellungsbeauftragte der Verbandsgemeinde Konz wahrgenommen. Bei Veranstaltungen dauere es häufig bis sie in ihrem Amt Wahrnehmung erfahre. Dabei könne öffentliche Werbung helfen.

Die Kreisbeigeordnete **Thiel** bekräftigt, dass diese Thematik die Unterstützung von der gesamten Bevölkerung brauche. Multiplikatoren seien ein wichtiger Faktor um das öffentliche Verständnis für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zu erhöhen.

Es bestehen keine Fragen. Die **Mitglieder** des Ausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

3. Frauen in der Politik - Ergebnisse der Kommunalwahlen in 2019 **Vorlage: 0349/2019**

Protokoll:

Kreisbeigeordnete **Thiel** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Seitens des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Familie, Frauen, Ju-

gend, Integration und Verbraucherschutz sei das Mentoring-Programm angeregt worden, so die **Gleichstellungsbeauftragte**. Bei einem Blick auf die Wahllisten für die Kommunalwahlen sei festzustellen, dass Frauen im politischen Leben nicht ausreichend vertreten seien. Bei dem anschließenden Wahlergebnis sehe es allerdings ein wenig besser aus. Im Kreistag des Landkreises Trier-Saarburg seien die SPD- und Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion zur Hälfte und Die Linke-Fraktion erfreulicherweise sogar zu 100% mit Frauen besetzt. Auf der Ebene der Verbandsgemeinderäte seien die Frauenanteile teilweise deutlich geringer.

Es gehöre zu den Aufgaben einer jeweiligen Partei tätig zu werden, um mehr Frauen für Politik zu begeistern und sie auf die Wahllisten zu setzen. Es gebe diesbezüglich noch eine Menge Überzeugungsarbeit, trotz eines erkennbaren Fortschritts, zu leisten.

Die Kreisbeigeordnete **Thiel** dankt ihr für die Zusammenstellung der Übersichten zu den Frauenanteilen im Landkreis Trier-Saarburg. Sie weise darauf hin, dass es sich um eine öffentliche Vorlage handle, die gerne an die jeweiligen politischen Gruppierungen zum Zwecke der Erhöhung der Frauenbeteiligung, denen die Mitglieder des Ausschusses angehören, weitergegeben werden könne.

Seitens der **Anwesenden** bestehen keine Fragen. Sie nehmen die Informationen zur Kenntnis.

4. **"Frauen vor Gewalt schützen" - Umsetzungsmöglichkeiten der Istanbul-Konvention vor Ort; Vorlage: 0346/2019**

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung, sowie auf die Präsentation.

Auf die Bitte von Ausschussmitglied **Junk-Kornbrust** (AfD) fasst die Kreisbeigeordnete **Thiel** den Inhalt der Istanbul-Konvention kurz zusammen. Diese Konvention gelte für alle politischen Ebenen in Deutschland und Europa. Als Folge seien Maßnahmen zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen weiterentwickelt worden.

Auf die Nachfrage des Ausschussmitgliedes **van Eijck** (SPD) antwortet die **Gleichstellungsbeauftragte**, dass der Bund und die Bundesländer sicherstellen müssen, dass vor allem Frauen vor Gewalt geschützt werden. Die Frauenhäuser seien landesweit an ihren Kapazitätsgrenzen angekommen. Das Land Rheinland-Pfalz habe inzwischen vorgesehen eine Koordinierungsstelle diesbezüglich einzurichten. In vielen Fällen seien in Gewaltsituationen ebenfalls die Kinder der Familien betroffen.

Auf die Nachfrage von Ausschussmitglied **Junk-Kornbrust** (AfD), schlägt die **Gleichstellungsbeauftragte** vor, Vertreterinnen des Frauenhauses zu einer Sitzung dieses Ausschusses einzuladen.

Ausschussmitglied **Winnikes** (Bündnis 90/ Die Grünen) berichtet aus der Praxis des Jobcenters Trier-Saarburg. Es gebe keine Garantie dafür, dass Frauen in Notsituationen von Frauenhäusern aufgenommen werden könnten, wenn die Kapazitätsgrenze erreicht sei. Viele Frauen flüchten in diesen Fällen zu Freunden und Verwandten.

Ausschussmitglied **van Eijck** (SPD) spricht das Thema Haushaltsplanungen für das Jahr 2020 an. Der Landkreis finanziere den Frauennotruf mit, die Frauenhäuser werden größtenteils vom Land Rheinland-Pfalz mit finanziellen Mitteln ausgestattet.

Die Verteilung der finanziellen Zuschüsse sei in jedem Jahr sicherlich zu beraten, so die Kreisbeigeordnete **Thiel**. Im Kreishaushalt seien höhere Beträge eingeplant worden, um die betroffenen Stellen zu unterstützen. Andererseits sei festzuhalten, dass der Frauennotruf eigenständig Gelder durch sanktionelle Maßnahmen akquiriere.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes **Dr. Meß** (Bündnis 90/ Die Grünen), schildert die **Kreisbeigeordnete**, dass es keinen prozentualen Verteilungsschlüssel als Grundlage für einen Anspruch auf Leistungen für die Einrichtungen gebe. Dennoch betone sie, dass die entsprechende Infrastruktur im Landkreis vorhanden sei.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes **Winnikes** (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt die **Gleichstellungsbeauftragte** dass die bereits genannte Koordinierungsstelle des Landes Rheinland-Pfalz prüfe, wie viel Geld benötigt werde. Sie plädiere für eine solide Finanzierung, um einen Bittbrief zu vermeiden. Sie empfehle eine Einladung von Vertreterinnen des Frauennotrufs und der Interventionsstelle in Trier, um über die Situation mit den betroffenen Stellen direkt zu beraten.

Büroleiter **Fuchs** macht deutlich, dass die finanzielle Ausgestaltung der Einrichtung kein Beratungsgegenstand dieses Ausschusses sei. Diese Beratungen gehören in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie den Jugendhilfeausschuss des Landkreises. Aus Sicht der Verwaltung gebe es bereits Gremienbeschlüsse zu der finanziellen Ausstattung, die bindend seien. Das Frauenhaus in Trier habe ein Einzugsgebiet der gesamten Region. Somit unterstützen andere Landkreise ebenfalls diese Einrichtung. Der Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration könne über die inhaltliche Ausrichtung des Landkreises Trier-Saarburg beraten.

Die **Gleichstellungsbeauftragte** erläutert, dass in dem genannten Frauenhaus kaum Frauen aus dem Kreisgebiet untergebracht seien, um eine räumliche Distanz zwischen den Betroffenen zu schaffen.

Die **Vorsitzende** fügt hinzu, dass sich in diesem Jahr dort eine große Entwicklung vollzogen habe. Das Haus sei unter anderem erweitert worden, um die Kapazitäten und bessere Versorgungsmöglichkeiten zu schaffen.

Das Land Rheinland-Pfalz sei in der Verantwortung.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied **Mich** (SPD) informiert die **Gleichstellungsbeauftragte** über die Fördermöglichkeiten und das Investitionsprogramm für die betroffenen Einrichtungen.

Die **Kreisbeigeordnete** hält fest, dass es abzuwarten bleibe, welche Ergebnisse die Koordinierungsstelle von Seiten des Landes Rheinland-Pfalz liefere.

Sie schlage zum Schluss vor, die Vertreterinnen der Frauenhäuser und der Interventionsstelle sowie Vertreter des Runden Tisches Trier (RTT) zu einer Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration im nächsten Jahr einzuladen.

Auf Bitte des Ausschussmitgliedes **van Eijck** (SPD), sagt die **Verwaltung** zu, eine Übersicht zu der Finanzierung der Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Da seitens der **Anwesenden** keine Fragen bestehen, fassen sie sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Ausschuss erkennt die dringliche Bedeutung des Themas und empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag die Vertreterinnen des RRT einzuladen um über die Problematik zu referieren und ihren Aktionsplan vorzustellen.

Gleichsam befürwortet der Ausschuss die aktive Beteiligung des Landkreises, vertreten durch die Gleichstellungsstelle und die Leitstelle Familie, an einer Kick-Off Veranstaltung zum Thema: Sensibilisierung und Wissensvermittlung im Themenfeld „geschlechtsspezifische Gewalt“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Landkreises Trier-Saarburg für das Kalenderjahr 2018
Vorlage: 0282/2019

Protokoll:

Die **Vorsitzende** begrüßt als Gast zur heutigen Sitzung den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Landkreises Trier-Saarburg, Herrn Dr. Emmerling. Zudem verweist sie auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Zu Beginn seines Vortrags geht Herr **Dr. Emmerling** auf seine persönlichen Daten ein, insbesondere erwähnt er, dass er aus beiden Betrachtungsweisen berichten könne, da er erst durch eine Krankheit behindert geworden sei.

Seinen Aufgabenbereich entnehme er der Satzung des Landkreises Trier-Saarburg, der dort klar definiert sei. Schwerpunkte seiner Tätigkeit lege er insbesondere auf die Themen barrierefreies Baun sowie Arbeit bzw. Beruf. Überdies sei er in der Initiative für den öffentlichen Nahverkehr stark involviert. Darüber hinaus seien Sport und Freizeitaktivitäten Themen, die aktuell ausgebaut werden. Den Landkreis Trier-Saarburg berate er unter anderem bei Straßenbauprojekten. Zum Sozialamt des Landkreises bestehe ebenfalls guten Kontakt. Zu seinen angebotenen Sprechstunden könne er sagen, dass sie immer noch gut angenommen werden, allerdings merke er, dass der Schrift- und Telefonverkehr zunehmen. Ein weiteres großes Thema sei das Schreiben von Stellungnahmen zu unterschiedlichen Sachverhalten. Dort verzeichne er eine Zunahme.

Im Landkreis Trier-Saarburg vertreten die Behindertenbeauftragten annähernd 12.000 Menschen. Umgerechnet seien dies 8,1% der Gesamtbevölkerung. Ein Viertel dieser Menschen haben einen Grad der Behinderung von 100%. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit belege, dass im Landkreis Trier-Saarburg 1883 Personen aus dieser Gruppe arbeitssuchend und 840 arbeitslos gemeldet seien. Aus diesem Grund habe er die Vereinigung Trierer Unternehmen angesprochen, um über dieses Thema zu diskutieren. Seine Arbeitsweise laute, statt etwas zu fordern lieber Überzeugungsarbeit zu leisten.

Highlight des Jahres 2018 sei das Projekt „Kommune für alle“ gewesen. Hotspots im Landkreis Trier-Saarburg seien die Kommunen Schweich und Konz, sowie Longuich und Föhren. Es gehe bei seinem Amt darum, öffentliche Präsenz zu zeigen. Diesbezüglich sei das Netzwerken von hoher Bedeutung.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes **Junk-Kornbrust** (AfD) erklärt der **Behindertenbeauftragte**, dass er bezüglich der Unterbringung von beeinträchtigten Menschen in Alterswohnheimen in Kontakt mit dem Sozialamt des Landkreises Trier-Saarburg stehe.

Ausschussmitglied **Schikora** (CDU) verdeutlicht, dass es für die Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung schwierig sei, eine geeignete Unterkunft zu finden, da die Personen bevorzugt wohnortnah bleiben wollen. Es sei für die Träger nicht immer absehbar wie viele Menschen sie aufnehmen und somit finanzieren müssten.

Der **Behindertenbeauftragte** wünsche sich, dass in den verschiedenen Verbandsgemeindeverwaltungen im Landkreis Trier-Saarburg Behinderertenbeauftragte eingestellt werden sowie einen Behindertenbeirat für den Landkreis.

Kreisbeigeordnete **Thiel** bedankt sich bei Herrn **Dr. Emmerling** für die geleistet Arbeit in den vergangenen Jahren als ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter des Landkreises Trier-Saarburg. Er habe sich in dieser Zeit ein großes Netzwerk aufgebaut und viele Kooperationspartner gefunden. Ein Verdienst von ihm sei, dass die Thematik in der Öffentlichkeit an Präsenz gewonnen habe.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied **Schikora** (CDU), erklärt der **Behindertenbeauftragte**, dass seine Schwerpunkte momentan auf den Themen Wohnen, Verkehr, Freizeit und Barrierefreiheit liegen. Bei dem Thema barrierefreies Internet des Landkreises sei er dabei sich Informationen zu beschaffen.

Die **Kreisbeigeordnete** schlägt vor, dass die beiden Vorredner Kontakt miteinander aufnehmen könnten. Er als ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter, sie als Teilhabe und Inklusionsbeauftragte. Es gebe sicherlich Schnittmengen, über die sie sich austauschen könnten.

Ausschussmitglied **Schikora** (CDU) spricht die Umsetzung der leichten Sprache an, woraufhin der **Behindertenbeauftragte** feststellt, dass das Ehrenamt dies nicht leisten könne. Er könne lediglich Interessenten darüber informieren. Es gehe bei der täglichen Arbeit darum, mit viel Kreativität Lösungen zu finden.

Da seitens der **Anwesenden** keine Fragen bestehen, nehmen sie die Informationen zur Kenntnis.

6. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen weder Informationen noch Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Die Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Kreisbeigeordnete Simone Thiel)

(Andreas Reichert)